Interpellation

der Fraktion der FDP

betr. Uraltkonten in West-Berlin, deren Berechtigte im Gebiete der Bundesrepublik wohnen.

In der Präambel zur Durchführungsbestimmung Nr. 19 zum Berliner Umstellungsgesetz vom 23. Dezember 1949 (Verordnungsblatt für Groß-Berlin, I, Seite 509) war eine "spätere Regelung" der Aufwertung derjenigen Uraltkonten bei West-Berliner Banken vorgesehen, deren Berechtigte im Gebiet der Bundesrepublik wohnen. Nach einem Schreiben der Berliner Zentralbank, Rechtsabteilung, Tagebuchnummer 11078 - 11090 - 50 - 13010 vom 27. April 1950 an den Herrn Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen handelt es sich schätzungsweise um einen Betrag von etwa 1,6 Milliarden Reichsmark. Unter Zugrundelegung eines Umrechnungssatzes von 6,5 % würde sich sonach ein umgestellter DM-Betrag von rund 104 Millionen ergeben.

Seit dem Inkrafttreten der erwähnten Durchführungsbestimmung ist nunmehr ein Jahr verslossen, ohne daß die Angelegenheit eine befriedigende Regelung gefunden hat. Viele westdeutsche Anspruchsberechtigte aus West-Berliner Uraltkonten befinden sich in großer Not und müssen öffentliche Unterstützung in Anspruch nehmen. Die unterschiedliche Behandlung von Gläubigern mit dem Sitz in West-Berlin und der Bundesrepublik widerspricht dem Gedanken der Zusammengehörigkeit der beiden Gebietskörperschaften. Angesichts der gesamtpolitischen und sozialen Bedeutung der Frage erscheinen die zusätzliche finanzielle Belastung durch Bereitstellung von Ausgleichsforderungen sowie die mit der Transferierung der Beträge von West-Berlin nach Westdeutschland zusammenhängenden Liquiditätsprobleme nicht so schwerwiegend, daß eine weitere Hinauszögerung der Regelung vertretbar sein dürfte.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

- 1. Was ist im verflossenen Jahr geschehen zur Regelung der Angelegenheit?
- 2. Wann ist mit einer Umstellung der West-Berliner Uraltkonten, deren Berechtigte in der Bundesrepublik wohnen, zu rechnen?

Bonn, den 16. Januar 1951

Dr. Dr. Nöll von der Nahmer

Dr. Reif

Dr. Oellers

Dr. Preiß

Euler und Fraktion